

Bezugspreis: Für den Monat März 6000 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 28. März 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Wir kapitulieren nicht!

Sigung des Auswärtigen Ausschusses.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstags hat gestern mittag um 12 Uhr zu einer Sitzung zusammen...

Der Ausschuss war einmütig in der Ablehnung der von der französischen Regierung geforderten Kapitulation...

In einem Schlusswort beantwortete der Reichsminister des Auswärtigen Dr. v. Rosenbergs noch verschiedene Anfragen.

Rosenbergs Erklärungen.

Der deutsche Plan für Paris. — Deutsche Zustimmung zu amerikanischen Vorschlägen.

Im Auswärtigen Ausschuss wies der Reichsminister des Auswärtigen an der Hand der amtlichen Dokumente nach...

Auf die Frage, wie sich die Reichsregierung zu dem Vorschlag des Staatssekretärs Hughes stelle...

- 1. Was hat Deutschland bisher geleistet?
2. Was kann und soll Deutschland gerechterweise noch leisten?
3. Auf welche Weise können diese Leistungen bewerkstelligt werden?

Werde dieser oder ein ähnlicher Weg beschritten, so wäre die Reichsregierung bereit, an den internationalen Kapitalmarkt wegen Bewilligung einer möglichst großen Anleihe heranzutreten...

und vertragsmäßige Zustände im Rheinland wiederhergestellt werden. Das Problem sei, abgesehen von den täglich sich verschärfenden Leiden der Bevölkerung...

Ausbruch der Volkseidenschaft deshalb so wichtig, weil die Regierung sich nicht denken könne, daß irgendein sachverständiges Gremium in der Lage sein werde...

Frage der politischen Sicherheit.

darüber der Reichsminister auf den deutschen Vorschlag des Rheinlandpaktes und auf das Gebiet friedensicherer Vereinbarungen...

Handelsverkehrs aus den besetzten Gebieten

nach dem Ausland, namentlich nach England, bemühe sich die deutsche Regierung, wie der Reichsminister weiter ausführte...

Poincaré für Dauerbesetzung.

Paris, 27. März. (WZ.) Der Finanzausschuss der Kammer beschloß heute mit den für das Ruhrunternehmen angeforderten Krediten. Poincaré, dem der Ausschuss einen Fragebogen übermittelt hatte...

Die Großindustriellen des Ruhrgebietes seien die Seele des Widerstandes. Poincaré stellt die Behauptung auf, daß sie wiederholt den Versuch gemacht hätten, mit der französischen Regierung direkte Verhandlungen einzuleiten...

Die Kredite angenommen.

Paris, 27. März. (WZ.) Der Kammerausschuss für die Finanzen nahm die Kredite mit allen gegen die drei Stimmen des radikalsozialistischen Abg. Pierre Robert...

Durchsuchung der Essener Handelskammer.

Essen, 27. März. (WZ.) Heute früh um 9 1/2 Uhr besetzte eine Abteilung französischer Militärs unter Heranziehung mehrerer Maschinengewehre die Handelskammer Essen...

Der Sozialismus in England.

Snowdens Sozialisierungsrede im Unterhaus.

Die ungeheuren Fortschritte der englischen Arbeiterpartei seit Kriegsende, die namentlich bei den letzten Unterhauswahlen zur Geltung gekommen sind...

Es ist schon bemerkenswert, daß auch Lloyd George die Labour Party als sozialistisch bezeichnet...

Man hat vor einer Woche einer der bekanntesten Führer der unabhängigen Arbeiterpartei, Genosse Philipp Snowden...

„Heute abend bringt ihr Liebestoter Abgeordneter im Unterhaus einen feierlichen Antrag auf Abschaffung des Privateigentums ein. Abgeordnete, die von viererlei Million britischer Wähler...

Obwohl nun Snowdens Rede als ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung von der britischen Presse gewürdigt wurde...

Mein Antrag ist eine Kampfanzeige an die Träger und Verteidiger des kapitalistischen Systems. Das Aufsehen, das er erregt hat...

Wir fragen das kapitalistische System an. Der Prüfstein eines jeden Wirtschaftssystems ist, ob es Werte produziert — in anderen Worten...

An dem einen Ende der sozialen Leiter gibt es eine große Masse unseres Volkes, die unter gesundheitschädlichen Verhältnissen und für niedrige Löhne hart arbeiten...

Die Erklärung für diesen Mißstand liegt im kapitalistischen System, in dessen Methoden der Güterverteilung. (Beifall.)

Nach Anführung einiger konkreter Beispiele der Folgen des Kapitalismus in England zitierte der Redner das Urteil einer maßgebenden ärztlichen Persönlichkeit...

Die Tatsachen beweisen, daß die Verhältnisse, unter denen viele Menschen geboren werden und leben, zu Entmenschung, Krankheit und darauffolgendem Tode führen...

Folge des kapitalistischen Systems. (Beifall bei der Arbeiterpartei, Zurufe bei den Bürgerlichen.)

88 Proz. der Reichskammer dieses Landes sind im Besitz von 2 1/2 Proz. seiner Einwohner, und fünfzehntel aller Engländer hinterlassen bei ihrem Tode nicht einen Pfennig an Vermögen.

Die Zahlen allein zeigen, daß der Kapitalismus unfähig war, die Allgemeinheit instandzusetzen, aus den Gütern Ruhen zu ziehen. Nach einem Rückblick auf die Entwicklung der Reichskammer, Löhne und Lebenshaltungskosten in der Periode von 1850 bis 1914, bzw. während des Krieges und seit dem Kriege fuhr Snowden fort:

Es ist zwar richtig, daß heute das kapitalistische System nicht ganz uneingeschränkt herrscht. Schon zu Anfang des 19. Jahrhunderts hat sich das Gewissen der Nation gegen den Anblick der Zustände im Proletariat empört und gesetzliche Bindungen durchgesetzt. Das bedeutet aber lediglich eine teilweise Durchführung der Grundsätze des Sozialismus. Der Kapitalismus hat selbst zugegeben, daß die Konkurrenz keine gute Sache für ihn selbst ist. Daher die Bildung von Ringen, Trusts und Kartellen. Diese sind nun einmütig vorhanden mit dem Vorteil, daß sie Vergewaltigung verhindern, und dem Uebel, daß sie den Kapitalismus stärken.

Was schlägt demgegenüber die Arbeiterpartei vor? Sie schlägt keine Revolution, keine Konfiskation vor. (Hört, hört!) Das wäre nämlich der längste Weg, der am langsamsten zum Ziele führt. Es gibt keinerlei Analogie zwischen Sozialismus und Bolschewismus. (Beifall bei der Arbeiterpartei, ironisches Lachen bei der Regierungspartei.) Der Bolschewismus hat weder in seinen politischen Theorien und in seinen Idealen noch in seiner Praxis der Diktatur und der Beschlagnahme etwas mit Sozialismus zu tun, sondern eher mit der beschränktesten Reaktion.

Es gibt drei oder vier Wege, auf denen man den Kampf mit dem kapitalistischen System bereits führt, und das einzige, was unser Antrag verlangt, ist, daß wir auf diesen Wegen fortfahren, aber in schnellerem Tempo. Wir verlangen keinen weiteren Schritt nach vornwärts, ehe nicht der vorangegangene Schritt durch die Erfolge gerechtfertigt sei.

Snowden führt das Beispiel der Arbeitslosigkeit, der Schwermüdigkeit in der Wohnungsfrage, der Zustände in der Landwirtschaft an und erklärt: Die ganze Arbeit des Unterhauses beschäftigt sich mit den Fehlschlägen der Privatwirtschaft. (Beifall bei der Arbeiterpartei.)

Snowden warnte die bürgerlichen Parteien vor dem Versuch, seinen Antrag zu einer politischen Gegenpropaganda auszunutzen. Sie hätten bereits bei den Wahlen versucht, die Arbeiterpartei als sozialistisch und bolschewistisch zu diskreditieren und trotzdem hätte sie die Zahl ihrer Mandate von 40 auf 140 erhöht.

Welches auch das Schicksal sei, das ihrem Antrag beschieden wäre, würde die Arbeiterpartei ihr Werk in dem Bewußtsein fortsetzen, daß, wie einst Gladstone gesagt habe, die großen sozialen Kräfte, die seit aller Ewigkeit mit ihrer Macht und Majestät emporklimmen, auf ihrer Seite stünden. Sie würde in dem Versuch fortfahren, in harmonischem Zusammenwirken mit diesen evolutionären Kräften zu arbeiten. Die Arbeiterpartei habe die Gewißheit, daß eines Tages ein wirtschaftliches und soziales System errichtet werden würde, in dem der Ehrgeiz des einzelnen und der private Unternehmungsgeist ihre Befriedigung nicht in der Menge der Last erlösen würden, die sie den Volksgenossen aufbürden, sondern in der Größe der Dienste, die sie leisten. (Stürmischer, langanhaltender Beifall bei der Arbeiterpartei.)

Nach der Rede Snowdens entwickelte sich eine kurze Debatte, in der mit Zustimmung der Regierung die Aussprache auf eine spätere Sitzung vertagt wurde, damit das ganze Haus in eingehender Aussprache zu dem Sozialisierungsantrag der Arbeiterpartei Stellung nehmen könne.

In Dresden haben, einer nichtbestätigten TL-Nachricht zufolge, am Dienstag Erwerbslosendemonstrationen stattgefunden, im Verlauf dessen Lebensmittelgeschäfte verplüßigt wurden. Die Polizei habe von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machen müssen. Das Polizeipräsidium habe weitere Erwerbslosendemonstrationen verboten.

Freuden eines Theaterabonnenten.

Ein Leser schreibt uns: Ich wählte, „glücklicher“ Abonnent des Großen Schauspielhauses und der Großen Volksoper zu sein; aber dabei ist es mit Bahn und Glück.

Das Abonnement zum Großen Schauspielhaus habe ich mir nach mehreren unnützen Wegen und langen geduldrigen Ausscharen an der Theaterkasse errungen. Nach einiger Zeit mußte ich dann wiederum viel Zeit verdröbeln, um die geforderte Koprogentage nachzahlung richtig „an den Mann“ bringen zu können. An vergebliches Warten gewöhnt, harre ich nun auf die dritte Abonnementvorstellung. Mehr als zwei Drittel der Spielzeit sind schon verfloßen, aber erst ein Drittel der längst und verhältnismäßig hoch bezahlten Vorstellungen wurde den Abonnenten geboten. Meine dritte Abonnementvorstellung sollte am 28. Dezember sein, wurde dann aber auf Ende Februar, dann auf den 1. April (1. Oktoberfeier) und nun endlich (oder noch nicht endlich?) auf den 10. April verschoben. Meine vierte Abonnementvorstellung, die mir bereits in der Karmose stand, ist „vorläufig“ auf vier Wochen verschoben worden, man muß aber befürchten, daß es bei der einen vorläufigen Verschiebung nicht bleibt.

Was man aber als Abonnent der Großen Volksoper erleben muß, stellt das über das Große Schauspielhaus Besagte weit in den Schatten. Bei der Volksoper hatte man die Pflicht, Ende November die Abonnementbeträge für die zweite Hälfte der Winterzeit (Januar bis April) auf einmal im voraus zu entrichten. Obwohl ich mir nur einen Platz im dritten Rang leisten kann, mußte ich doch einen nach damaligen Begriffen ziemlich hohen Betrag zahlen. Die Geldentwertung veranlaßt nun die Direktion, Nachzahlungen zu verlangen, sie bedient aber nicht, daß im umgekehrten Verhältnis der damals bezahlte Betrag eine angemessene Bezahlung für die Vorstellungen bedeutete und jedem Abonnenten ebenso schwer fiel wie die jetzigen Nachzahlungen. Die Volksoper erwähnt in ihrem Prospekt, daß das rechtzeitig Erheben der Abonnementbeträge „gelder ihr gestattet habe, sich günstig und preiswert mit Materialien usw. einzudecken. Wie kommt sie dann heute dazu, den Geldwert der Abonnementzahlung unbeachtet zu lassen und die für den dritten Rang besonders hohen Zuschläge zu erheben? Durch diese Zuschläge stellen sich die Abonnementbeträge höher als die des gleichartigen Ranges der beiden anderen Opernhäuser, ja sogar höher als die Tagespreise des gleichwertigen vierten Ranges in diesen, ungeachtet der Qualität des Gebotenen. Wenn die Volksoper die Geldentwertung nur in ihrer Rechnung anerkennen will, den Abonnenten gegenüber aber ihren Standpunkt Wort = Markt vertritt, so muß ihr dringend geraten werden, die richtigen Abonnementbeträge monatlich zu erheben und auf das Erheben sogenannter Berechnungsbeträge zu verzichten.

Der Gründungsweck der Volksoper war eigentlich, dem kunsthungrigen „Volk“ für billige Eintrittspreise „gute“ Opernvorstellungen zu bieten. Dieser Parole entsinnt man sich noch, wenn es gilt, Steuerbefreiung und sonstige Erleichterungen durchzubringen oder Wohlwäter zu angeln. In jeder anderen Beziehung scheinen aber diese Grundzüge weniger ernst genommen zu werden, mehrfach sieht sich die Zurückführung des „Volkes“ zugunsten der „besseren“ Kreise einstellen. Wenn ich über die unheimlichen Preise des den

Das preußische Kabinett stützt Severing.

Verbot der deutschvölkischen Freiheitspartei gebilligt.

Der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit:

Das Preussische Staatsministerium nahm in seiner Sitzung vom Dienstag den Bericht des Ministers des Innern Severing über das seinem Vorgehen gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei zugrunde liegende Tatsachenmaterial entgegen. Das Ministerium erkannte angeichts des vorliegenden Materials und des Ernstes der innen- und außenpolitischen Situation die Maßnahmen des Herrn Innenministers als notwendig und berechtigt an und gelangte in einmütiger Stellungnahme zu einer völligen Billigung seiner Politik.

Auf Grund dieses Beschlusses des preussischen Staatsministeriums verändert sich die Lage dahin, daß man den preussischen Innenminister nicht mehr allein für die Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei verantwortlich machen kann. Das preussische Kabinett als Ganzes stellt sich vielmehr hinter den Innenminister Severing. Da aber an dem Ministerium außer den Sozialdemokraten die Demokratische Partei, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei beteiligt sind, ergibt sich auch für diese Parteien eine gewisse Bindung, wenn sie, was nicht anzunehmen ist, nicht ihre eigenen Kabinettsmitglieder desavouieren wollen. Man muß nunmehr erwarten, daß die Defektheit dem Urteil des Gesamtministeriums Vertrauen schenkt und nicht in einer Diskussion fortfährt, die innenpolitisch fruchtlos bleiben muß, da sie das Urteil des allein zuständigen Staatsgerichtshofs nicht zu beeinflussen vermag, nach außen hin aber nur allzu leicht den Eindruck erwecken könnte, als ständen Kreise hinter den Desperadopolitikern, die bisher den Trennungsrieg zu ziehen wußten.

Unter diesem Gesichtspunkt wird man auch die Unterstüßungsaktion der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstag und Landtag zugunsten der Deutschvölkischen Freiheitspartei zu betrachten haben. Ihr ist unter den gegebenen Umständen lediglich ein agitatorischer Wert beizumessen. Vom außenpolitischen Standpunkt aus muß sie schädlich wirken. Dasselbe ist von dem Pressefeldzug zu sagen, den die rechtsstehenden Blätter einschleiftlich der „Zeit“ sehr verfrüht vom Zaune brachen. Jetzt allerdings scheint ihnen vorzeitig der Atem auszugehen. Die „Zeit“ tritt in einer kleinen Notiz den Rückzug an. Die „Kreuzzeitung“ macht den tollkühnen Versuch, die Internationale Sozialistenkonferenz in Verbindung mit dem Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei zu bringen. Die „Deutsche Tageszeitung“ muß recht wehmütig zugestehen, daß die völkische Partei in ihren „Ausdrucksmitteln und Zielen manchmal fehgrißt“ und daß man „ihrer Führung teilweise mit Bedenken und Sorgen gegenüberstehen muß“. Ueber den Grundgedanken der Völkischen: „Erst Reinigung im Innern und dann erst Befreiung vom Sklavenjoch der äußeren Feinde“, so meint sie, sei kein Wort zu verlieren; er sei weder politisch noch völkisch. Das war offenbar auch Severings Meinung, als er die Völkischen daran verhinderte, ihren Grundgedanken in die Tat umzusetzen.

Eine sehr bemerkenswerte Haltung nimmt die „Deutsche Zeitung“ ein. Sie läßt ein Parteimitglied, den Universitätsprofessor Freitag-Boringhove den Nachweis führen, daß das Vorgehen des Innenministers durchaus im Einklang mit dem Wortlaut und Sinn der Verfassung stehe. Der Verfasser warnt auch davor, von den parlamentarischen Erörterungen eine Mehrheit zugunsten der Freiheitspartei zu erwarten, versucht vielmehr aus den Kommentaren einiger Rechtslehrer herauszulesen, daß es ein Recht nicht nur auf passiven, sondern auch auf aktiven Widerstand gegen die Staatsgewalt gebe, wenn die Majorität die Grundrechte der Minderheit verweigert. Das Menschenrecht auf Nichtschwernheit hat zu den staatsrechtlichen Theorien, die von deutschen Professoren erdacht worden sind, gerade noch gefehlt.

Dennoch bleibt die Bestätigung der Rechtmäßigkeit des amtlichen Vorgehens durch einen völkisch-deutschnationalen Rechtslehrer gegenüber ihrer Bestreitung von anderer Seite wertvoll.

Die Deutschvölkischen auch in Thüringen verboten.

Weimar, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) In Ergänzung zur Bekanntgabe des Verbois der Deutschvölkischen Freiheitspartei teilt das Preussische Ministerium mit:

Nach dem Material, das in den letzten Wochen über die Zusammenarbeit der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei und der nunmehr auch verbotenen Deutschvölkischen Freiheitspartei in Thüringen zusammengestellt worden ist, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß sich die Nationalsozialisten für ihre Umsturzpläne der Deutschvölkischen Freiheitspartei als Organisation bedienen. Die Vereinbarung zwischen den beiden Parteien ging zunächst dahin, daß die in Thüringen mohnhaften Mitglieder der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ohne weiteres in die Freiheitspartei eintreten konnten, ohne dadurch in Gegenfah zu der Parteileitung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu kommen. Nationalsozialisten, welche der Freiheitspartei beigetreten sind, werden nicht aus der Liste der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei gestrichen. Die Bildung von Stützpunkten und Hundertschaften in Thüringen ist von Angehörigen der Deutschvölkischen Freiheitspartei vorgenommen worden, und zwar in Zusammenhang mit den bayerischen Organisations der Hundertschaften und Stützpunkten der Nationalsozialisten. Die Persönlichkeiten in Weida, an die der nationalsozialistische Warmbefehl vom 23. gerichtet war, ist zugleich Geschäftsführer der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Weida. Insbesondere in Südthüringen ist eine Reihe von führenden Mitgliedern der Deutschvölkischen Freiheitspartei gleichzeitig in der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei organisiert.

Die Deutschvölkische Freiheitspartei in Thüringen verfügte bereits über 15 Ortsgruppen. Die Organisationszentren für die thüringischen Hundertschaften der Nationalsozialisten sind Hof und Koburg. Der Sitz des durch die Gerat Verhaftung festgestellten Regimentsverbandes ist Rürnberg. Bei Mitgliedern der Deutschvölkischen Freiheitspartei vorgeschundene Stammbücher weisen auf das Bestehen eines Jägerregiments Oberfranken hin, dessen Regimentsstab mit dazugehörigen Einrichtungen fertig steht. Das Stabsquartier befindet sich in Erlangen.

Eine Reihe von Festnahmen und Hausdurchsuchungen bei führenden Persönlichkeiten ergaben derartig belastendes Material, daß ein sofortiges Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei notwendig wurde. Mehrere Verhaftete wurden im Laufe des Sonntags und Montags nach festgestelltem Ergebnis wieder auf freien Fuß gesetzt. Eine Anzahl nationalsozialistischer Führer entzog sich der Verhaftung durch die Flucht nach Bayern. Die von den Nationalsozialisten dem Staate und dem inneren Frieden drohende akute Gefahr kann noch nicht als beseitigt angesehen werden. Die Ermittlungsergebnisse werden dem Oberreichsanwalt übergeben.

Die Frage des proletarischen Selbstschutzes.

Weimar, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Auf eine vom unpolitischen Antrage, wie die thüringische Regierung sich in Zukunft gegenüber dem proletarischen Selbstschutz zu verhalten gedenke, antwortete Staatsminister Genosse Frölich in der heutigen Landtagsitzung u. a.:

Im Reichsministerium hat eine Aussprache über den proletarischen Selbstschutz stattgefunden. Die Veranstalter dieser Aussprache waren thüringische Kreise, die der sozialistischen Regierung nicht nahestehen. Es waren Mitglieder dieses Hauses. Die Aussprache wurde in der kollegialen Weise mit dem Innenminister geführt, eine Einigung jedoch nicht erzielt. Wir (Thüringen und Sachsen) haben betont, daß, solange die politische Situation in der heutzutage Form besteht, wir den Parteien nicht verbieten können, den Schutz der Republik wahrzunehmen.

Die Regierungsparteien des preussischen Landtags haben einen Antrag auf Verbilligung der Geschäftskosten und Beschleunigung des Geschäftsganges eingebracht.

weniger bemittelten Abonnenten vorbehaltenen dritten Ranges, so muß ich dabei auch Vergleiche mit den Abonnementspreisen des Parketts und ersten Ranges anstellen, und ich komme dabei zu dem Schluß, daß die Staffelung der Preise in keinem richtigen Verhältnis zueinander steht. Aber nicht genug damit, daß nur die Abonnementspreise der besseren Plakarten „vollständig“ sind, mußte ich auch feststellen, daß bei der Verteilung der bestellten Abonnements nicht nach den Gesichtspunkten vorgegangen worden ist, die man hätte erwarten müssen. Sofort nach Erhalt des Rundschreibens, mit der Einladung zum Abonnement, bin ich nach der Geschäftsstelle gegangen, habe meinen Auftrag abgegeben und den Berechnungsbetrag eingezahlt. Nach meiner Kalkulation mußte ich zu den ersten Einzahlungen gehören und war daher nicht wenig erstaunt, als ich bei der späteren Ausgabe der Abonnementkarten feststellen mußte, daß ich in eine der letzten Abteilungen geraten war. Später kam ich dann dahinter, daß die Verteilung nach der Aktiennummer erfolgt war, wodurch die ersten, sich aus den „besseren“ Kreisen rekrutierenden Anteilnehmer einen dauernden Vorteil den übrigen Nachkömmlingen gegenüber haben. Dieser Vorteil ist um so größer, als diese ersten Abteilungen nachweisbar auch in bezug auf Premieren und Qualitätsbefehungen stets einen Vorzug genießen. Nun droht einem noch eine Gefahr, indem die Leitung der Volksoper das übliche Vorrecht der Abonnenten auf die gleichen Plätze in der folgenden Spielzeit anscheinend nicht anerkennen will, sondern bekanntgibt, daß die Abonnenten des eingeschobenen Sommerabonnements Anspruch auf die gleichen Plätze im nächsten Winter haben.

Eines ungestörten Genusses habe ich mich bisher bei keiner einzigen Aufführung in der Volksoper erfreuen können. Stets wird der erste Akt durch die infolge mangelhafter Plakanweisung in falschen Sitzreihen herumirrenden Personen gestört; in zwei Fällen mußte sogar die Duvettüre des großen Bärms wegen abgebrochen werden. Das kommt in erster Linie daher, daß das Klingelzeichen zum Vorstellungsbeginn nur schwach durchdringt oder gar vergessen wird und — wenigstens im dritten Rang — die ausstehenden Theaterpläne mit der tatsächlichen Nummerierung der Plätze nicht übereinstimmen, so daß selbst rücksichtslos Besucher, die sich auf dem Plone ihren Platz vor Betreten des Zuschauerraumes suchen, irregeführt werden und die anderen Besucher absichtslos stören.

Schließlich noch eine kleine Anfrage: Ist es unbedingt erforderlich, daß jeder Aktionär-Abonnent im Besitz eines gültigen Forderchein sein muß? Für den „Ball der Aktionäre“ (!) war seinerzeit ausdrücklich Grad bzw. Gesellschaftskarte vorgeschrieben. Oder ist dies nur wieder ein weiterer Beweis dafür, daß man mit dem „Volk“ nichts zu tun haben will? Hoffen wir, daß die nächste Spielzeit weniger Anstoß zu Klagen gibt und daß die Wünsche der breiten Masse sich fürderhin besser Geltung verschaffen können, als es bei diesem „demokratischen“ „Volks“-Unternehmen bisher der Fall war.

„Bühne und Jugendkultur“. Unter dieser Ueberschrift wiesen wir vor einiger Zeit auf Spandauer Berichte hin, zu einer jugendlichen Theaterkultur zu gelangen. Einen sehr interessanten Versuch im gleichen Sinne unternahm am Montag ein Kreis junger Menschen im Dienste ihrer ehemaligen Schulen des Nordostens, — inter-

essant um deswillen, weil sieben jugendliche Paare mit zwei Berufskünstlern wetteiferten, im Zusammenspiel Gleichwertiges zu bieten. Es darf nicht verschwiegen werden, daß hier für das jugendliche Unternehmen eine Gefahr liegt: Eine völlig verlässliche, aber ehrlich ganz von der Jugend getragene Feste kann einen starken Schritt vorwärts bedeuten auf dem Wege zu jugendgemäher Theaterkultur, — eine Kopie der „Volksbühne“ dagegen, deren „Kabale und Liebe“-Aufführung deutlich Gate gegen den Stand hätte, diese Kopie kann als Hemmung wirken, da sie jugendliche Maßstäbe, nämlich die künstlerischen des Theaters der Erwachsenen, fordert. Dies sei gesagt, um Gleichstrebenden Mithilfe zu erlangen. — Nun war diese Aufführung aber doch durchglüht von dem Feuer seltener Erfreulichkeit, und der Ferdinand, den Kurt Ehrenfreund gestaltete, war hinreichend, eben um dieser Hingabe, dieser jugendlichen Unbedingtheit willen, die allerlei künstlerisch gemessene Unzulänglichkeiten völlig überstrahlte. Hier lag kein glückliches Spiel eines begabten Paars, sondern ein ganzes jugendliches Programm fordernd und werdend aufgeschlagen, während Harry Frommermann mit seinem Kammerdiener darüber schon ins Reife, künstlerische hinausgriff. — Auf alle Fälle wäre von der Schule, zu deren Bestem solches geschieht, größtes Entgegenkommen zu erwarten, denn diese Tat jugendlichen Kulturwillens im Dienste der anderen, ehemaliger Schüler im Dienste der künftigen, ist auch eine soziale Tat und damit ein Stück staatsbürgerlicher Erziehung, das überall, zumal im „feinen“ Westen, Nachfolge verdient.

Aus den Erinnerungen eines Zoo-Inspektors. Von jeder Art von Tieren gefasst, gekraut und gebadet zu sein, kann sich ein Inspektor des Londoner Zoologischen Gartens rühmen, der Zoologe R. J. Pocock, der sich jetzt nach 19jähriger engster Zusammenleben mit den Tieren aller Welt in den Ruhestand zurückzieht. Pocock war vorher 18 Jahre lang an dem Naturhistorischen Museum gewesen und leitete seine Studien dann während seiner Stellung am Zoo fort. Er ist im Verlauf seiner langjährigen Tätigkeit besonders für die Benützung von Beißungsmitteln bei der Operation von Kautieren eingetreten. „Einmal sah ich“, erzählt er, „wie man einen Jaguar fesselt und an dem Gitter hochzog, um ihm seine Klauen zu beschneiden. Nachdem ich den langen Kampf beobachtet hatte, durch den das arme Tier vollkommen erschöpft war, schlug ich dem Tierarzt die Verwendung eines Beißungsmittels vor und entwarf einen Chloroformkäfig. Dieser Käfig, der besonders zu Beißungen hergerichtet war, wurde dann auch an einem prächtigen Tiger ausprobiert. Der Tiger, der von der Nase bis zum Schwanz 11 Fuß lang war, wurde in den 18 Zoll breiten Käfig gebracht und in Schlaf verlegt. Als der Käfig zur Operation geöffnet wurde, fand man, daß das riesige Tier es irgendwie fertiggebracht hatte, sich in dem kleinen Raum rundherum zu drehen; sein Kopf war nun, wo sein Schwanz gewesen war.“ Pocock hat Kämpfe mit den verschiedenartigsten Tieren zu bestehen gehabt und weist an seinem ganzen Körper Narben auf. Er erzählt von den Duellen, die sich manchmal die Tiere im Zoo liefern und von denen wenig an die Defektheit dringt. So beobachtete er an einem frühen Morgen den Todeskampf eines europaischen und eines amerikanischen Bison. Der europaische Bison hatte die Schutzwand, die ihn von seinem amerikanischen Artgenossen trennte, niedergebrosen, und nun gingen

Poincaré gegen das Schweizer Volk.

Vor einigen Wochen hatte das Schweizer Volk kraft seines alten verfassungsmäßigen Rechtes in einer Volksabstimmung die Ratifizierung des Zonenabkommens mit Frankreich mit erdrückender Mehrheit abgelehnt. Es handelte sich um eine an sich ziemlich nebensächliche Zollangelegenheit, die nur die Grenzbevölkerung im Jura- und am Jäger des Genfer Sees direkt betrafte; aber sowohl die Deutschschweizer wie auch die Sozialisten in der Westschweiz wollten durch Abgabe eines „Rein“-Zettels ihrer Empörung über die französische Gewaltpolitik an der Ruhr Ausdruck verleihen.

In ihren Kommentaren äußerte die französische Regierungspresse ihren Unmut über dieses Abstimmungsergebnis, dessen wahre Bedeutung ihr keineswegs entging, und forderte Poincaré auf, sich um die Willensfindung des schweizerischen Volkes einfach nicht zu kümmern und das Zonenabkommen einseitig auf französischer Seite in Kraft treten zu lassen. Tatsächlich hat Poincaré an den Schweizer Bundesrat eine Note in diesem Sinne gerichtet, in der er, gestützt auf Advokatenkünste von derselben Art, die er Deutschland gegenüber anzuwenden pflegt, das Resultat als für Frankreich unmöglich erklärte und den Bundesrat aufzuforderte, das Abkommen trotz der Volksabstimmung in Kraft treten zu lassen!

Der Schweizer Bundesrat hat nun in einer Gegennote diese Teile auf das schärfste zurückgewiesen und diesen Notenwechsel veröffentlicht. Diese Veröffentlichung hat jetzt in der ganzen Schweiz wie eine Bombe gewirkt und die gesamte, insbesondere die deutschschweizerische Presse erhebt entrüsteten Einspruch gegen die Behandlung des Schweizervolkes durch das Frankreich des Nationalen Blocks. Darüber berichtet ein W.B.-Telegramm aus Bern:

Der „Bund“ schreibt: Wir hörten, der Krieg sei geführt worden, um der Demokratie in der Welt einen sicheren Platz zu geben. Das Schweizer Volk wird sich nach dem Sieg des Rechts seine verfassungsmäßigen demokratischen Rechte von der französischen Regierung weder direkt noch indirekt abspreschen lassen. Vorläufig hat die Schweiz ihr internes Selbstbestimmungsrecht gegen fremde Annäherung zu verteidigen. In der Verteidigung der Rechte, die durch die französische Note in Frage gestellt werden sollen, gibt es nur eine Antwort. Der Bundesrat hat sie erteilt.

Die „Basler Nachrichten“ erklären: So liegen die Dinge bei uns in der Schweiz denn doch nicht, daß der Bundesrat auf Befehl einer auswärtigen Macht die Landesverfassung verfehlt. Die Note soll uns wohl darauf vorbereiten, welches der nächste Schritt Frankreichs sein wird, und das ist die Verletzung des Zonenabkommens an die Schweizer Grenze und damit die faktische eigenmächtige einseitige Aufhebung aller Zonenverträge.

In der „Basler Nationalzeitung“ (die sich sonst durch ausgesprochene Franzosenfreundlichkeit auszeichnet. Red. d. „B.“) heißt es: Es ist unklar, mit kniffligen Abkommensformeln, hinter denen sich das große Machtwort mühsam verbirgt, den Geist der Demokratie zu belebigen. In dieser Sache besteht in der ganzen Schweiz nur eine Meinung.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt: Wie sich im Jahre 1889 das gesamte Schweizer Volk hinter den Bundesrat stellte, als Bismarck den Konflikt aus dem Wohlgefühls-Handel auf ein Diszussionsgebiet hinüberleitete, so die Grundfragen unserer Souveränität in Willensschafft, so darf auch heute der Bundesrat die Gemütsheit haben, daß mit ihm das gesamte Volk die auswärtige Einmischung in unsere schweizerischen Verfassungsrechte sehr energisch abweist.

Wie man sieht, nimmt die Angelegenheit Dimensionen an, die die französische Regierung wahrscheinlich nicht vermutet hatte. Das geht auch aus nachstehender offiziöser Berner Meldung hervor:

Der französisch-schweizerische Notenwechsel in der Zonenfrage ist heute veröffentlicht worden. Wie die Schweizerische Depeschengeneratur erfährt, hätte man es auf französischer Seite anscheinend lieber gesehen, wenn diese Publikation unterblieben

die beiden Vertreter eines ausstehenden Riesengeschlechtes mit schwebender Erbitterung aufeinander los, bis der europäische Bizon zu einer formlosen Masse zerstampft war. Der amerikanische Bizon war übrigens der leichtere der beiden Riesen, obwohl er auch schon mehr als eine Tonne wog.

Ein neues Edelmetall. Vielleicht wird bald ein Sturm nach dem Papualand in Britisch Neuguinea losbrechen, weil man hier ein Metall gefunden hat, das achtmal so wertvoll ist als Gold. Dies Metall heißt Osmiridium, und vor kurzem wurde ein kleines Stück dieses Edelmetalls für 1200 Pfund Sterling verkauft. Es findet gegenwärtig in winzigen Mengen Verwendung bei der Verfertigung der Spitzen von Füllfedern und bei sehr feinen Poliermetallen. Das Vorhandensein des Osmiridiums im Papualand wurde durch einen merkwürdigen Zufall entdeckt. Goldwäscher brachten bei ihrer Arbeit in einem Flußbett einen bläulichgrünen Stoff heraus, den sie für wertlos hielten. Als sie in ihr Lager zurückkehrten, zeigten sie etwas von der Substanz einem Bergbauingenieur, der sagte: Das ist Osmiridium, wo habt Ihr das gefunden? Nun begaben sie sich sofort nach dem Fluß zurück, aber tropische Regen hatten unterdessen das Bett angefüllt und die umherliegenden Stoffe fortgespült. Es gelang ihnen daher nur noch, ganz wenig von dem fortgeworfenen Metall zu finden, aber seitdem wird im Papualand eifrig und mit Erfolg nach Osmiridium gewaschen.

Wie der türkische Harem entstand. Das Ende oder zumindest den Niedergang der türkischen Haremswirtschaft kündigte gelegentlich einer in Brussa abgehaltenen Redeversammlung Kemal Pascha in einer Rede an, in der er die türkische Frau ermahnte, den Kampf ums Dasein an der Seite des Mannes aufzunehmen. Der Harem, der dem Familienleben gewidmet und den nicht blutsverwandten Männern unzugängliche Teil des islamischen Hauses, ist in der älteren türkischen Geschichte unbekannt. Erst mit dem Ueberhandnehmen persischer Einflüsse nahm die unsinnige Absperrung der Frauen im Islam rechtliche Formen an. Türken und Perser wählten ihre Frauen mit Vorliebe unter den schönen Tcherkessinnen und Georgierinnen. Aber nur bei den Persern wurden die Frauen streng von der Männerwelt abgesperrt. Die innigen Handelsbeziehungen, die die Türken mit Persien unterhielt, machten die Türken erst mit diesem Absperrungssystem bekannt, das im Koran keine Begründung findet; aber die Türken übernahmen das Absperrungssystem um so lieber, weil es ihrem mißtrauischen Temperament das sicherste und zuverlässigste Mittel schien, sich gegen den Treubruch der Frau zu schützen.

Edwig Wangel, die sich vor einigen Jahren von der Bühne ins Privatleben zurückzog, wird jetzt zum erstenmal wieder vor die Öffentlichkeit treten. Sie hält am Karfreitag, vom 11. Uhr, in den Räumlichkeiten des Deutschen Theaters eine Vortragsvorlesung zugunsten der Ruchhilfe.

In der Galerie Casper, Kurfürstendam 283, stellt zum ersten Mal O. Croissant, Landau (Pfalz), eine Kollektion von Gemälden in Berlin aus; ferner Graphik: J. Hegenbarth, Dresden, G. Frankensberg, Berlin.

Die Handelshochschule Berlin wurde im Wintersemester 1922/23 von 2243 Studenten (darunter 140 Damen) besucht. Einschließlich der 2068 Diplomanden und Hörer (für die öffentlichen Vorlesungen) betrug die Gesamtzahl der Besucher 5401.

wäre. Der schweizerische Bundesrat sei sich selbst klar darüber, daß die Veröffentlichung der Note ein Einlenken der französischen Regierung eher erschwere als erleichtere. Er habe sich aber mit Recht für verpflichtet gehalten, die schwerwiegende neue durch die französische Zumutung begründete Tatsache öffentlich bekanntzugeben. Andernfalls hätte er auf ein sehr gewichtiges Moment verzichten müssen, nämlich auf die Bildung der schweizerischen Einheitsfront, wie sie nun vorliegt. Die Zeitungen besprechen immer noch die französische Note und lehnen mit aller Entschiedenheit deren Standpunkt einmütig ab. Sie erklären, daß die französische Note in der Tat dem Bundesrat das Recht abspere, sich auf den Volkswahlstand zu berufen.

Die Demokraten der ganzen Welt werden mit ihren Sympathien auf der Seite des kleinen Schweizer Volkes stehen, allen voran die deutschen Sozialdemokraten, die seit vier Jahren und besonders seit drei Monaten die reaktionäre Faust des Nationalen Blocks am eigenen Leibe spüren müssen. Die Stellung Frankreichs in der Freizonenfrage ist jedenfalls ein neuer Beweis für die militärpolitische Hegemonie, die es durch den „Sieg des Rechts“ und durch den Versailler Vertrag erlangt hat und die es gegen wehrlose Völker schamlos mißbraucht.

Die Entmilitarisierung des Rheinlandes.

London, 27. März. (W.B.) Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Chronicle“ zufolge wird in gewissen Kreisen ein Plan für die Lösung des Problems der Sicherheit Frankreichs ventiliert, der die Entmilitarisierung einer breiten Zone am Rhein unter Garantie des Völkerbunds vorsehe. Das nationale liberale Parlamentsmitglied General Spears werde in der morgigen Unterhausdebatte wahrscheinlich zu dieser Frage das Wort ergreifen. Deutscherseits werde an dem Plane angeknüpft, daß er nur die Entmilitarisierung der einen Seite der deutschen Grenze vorsehe. Im Verlaufe der Erörterungen könne von deutscher Seite sogar eine entsprechende Gegengarantie gefordert werden, da das nach dem Friedensvertrag für die Dauer entmilitarisierte Deutschland Sicherheit mindestens ebenso nötig habe wie Frankreich, das zu Lande und in der Luft die stärkste Macht der Welt sei.

„Westminster Gazette“ schreibt, der letzte zur Sicherung Frankreichs aufgestellte Plan sei nahe verwandt mit dem nach dem Waffenstillstand für eine dauernde Besetzung des Rheinlandes aufgestellten Entwurf. Kein Plan habe aber Aussicht auf Annahme durch Deutschland, der mit der Aufrechterhaltung des deutschen Charakters und der deutschen Verwaltung des Gebietes unvereinbar sei. Die Franzosen seien jedoch anscheinend nicht geneigt, einem Plan zuzustimmen, der diese Bedingungen erfülle.

Das gleiche Blatt berichtet aus Paris, an amtlicher französischer Stelle werde die morgige Unterhausdebatte mit großem Interesse erwartet. Man sei gespannt, ob die Debatte konkrete Vorschläge zutage fördern werde. Sollte dies der Fall sein, so könnten die Folgen sehr schnell eintreten. Die französischen Regierungskreise stimmten der Entmilitarisierung des Rheinlandes zu.

Ermäßigung der Kohlenpreise.

Der Reichsrat erteilte die Zustimmung dazu, daß der im Kohlensteuergesetz grundsätzlich auf 40 Prozent des Wertes der Kohlen festgesetzte Kohlensteuer durch den Reichsfinanzminister auf 30 Prozent ermäßigt und daß dieser ermäßigte Steuerfuß den verschiedenen Hebungsfähigkeiten für die einzelnen Bergbaubezirke zugrunde gelegt wird. Der Reichsrat setzte dabei voraus, daß der Reichsfinanzminister von dieser Ermäßigung nur dann Gebrauch machen wird, wenn gleichzeitig vom Bergbau auch unabhängig von der Steuerermäßigung eine Herabsetzung der Kohlenpreise vorgenommen wird.

Der Reichskohlenverband hat in Gemeinschaft mit dem großen Ausschuss des Reichskohlenrates beschlossen, in Verbindung mit der vom Reichsfinanzminister in Aussicht genommenen Herabsetzung der Kohlensteuer, die für sich allein eine Herabsetzung des Kohlenpreises um etwa 7,5 Prozent bewirken würde, die Nettopreise der Kohlenindikatoren des unbesetzten Gebietes um 3,5 bis 9 Prozent zu ermäßigen. Die Gesamtermäßigung der Kohlenpreise würde hiernach bis zu 16,5 Prozent betragen.

Es ist dringend zu fordern, daß nun auch für einen Preisabbau bei denjenigen Waren gesorgt wird, deren Preise unter Berücksichtigung auf die steigenden Kohlenpreise wiederholt heraufgesetzt worden sind. Die Eisenpreise sind bisher der Dollarwertung nicht gefolgt, andere Warengebiete der Rohstoffindustrien — gedacht sei hier besonders auch der Zellstoff- und Druckpapierfabrikation — zeigen gleichfalls keine Neigung zum Preisabbau.

Ein agrarischer Protest.

Obwohl den Agrariern die freie Getreidewirtschaft im neuen Erntejahr nunmehr so gut wie sicher ist, können sie sich in ihrer Hege gegen die Umlage kaum mahigen. So wurden die Führer des Reichslandbundes am 22. d. M. im Reichsernährungsministerium vorstellig, um gegen die angeblich willkürlichen preussischen Auslegungen des Umlagegesetzes Bewahrung einzulegen. Diese Beprechungen führten zu keinem positiven Ergebnis. Was die Agrarier wollen, ist nichts mehr und nichts weniger als dem Beschwerdeausschuss einfach das Recht einzuräumen, das Soll der Umlage herabzusetzen, ohne daß Einspruch dagegen erhoben werden kann. Zu welchen Konsequenzen das führen muß, zeigen z. B. die Bestrebungen in Kottbus, wo man das Soll um das Sechsfache herabsetzen wollte. Bekanntlich hat die Reichsregierung die Landesregistrierungen ersucht, mit Hilfe der Landesreferenten besondere Hören bei der Erhebung der Umlage zu befehlen. Preußen ist dann ein geringer Nachschuß am Umlagefuß vom Reich gewährt worden. Die zur Verfügung stehenden Mengen sind aber zu beschränkt, als daß große Herabsetzungen gestattet werden könnten.

Es ist bezeichnend, daß die Hege gegen die Umlage hauptsächlich nur in Pommern, Brandenburg und Niederschlesien, also in den Hauptquartieren des Reichslandbundes, blüht. In den übrigen Teilen Preußens zeigte sich mehr Verständnis für die Schwierigkeiten und Notwendigkeiten in der Umlagefrage. Uebrigens ist kaum damit zu rechnen, daß das Reichsernährungsministerium zusammen mit dem Reichslandbund gegen den preussischen Staatskommissar für Volksernährung und gegen das Preussische Landwirtschaftsministerium Stellung nehmen wird.

Raubzüge und Repressalien.

Aus dem Ruhrgebiet, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) In Bochum verhafteten die Franzosen gestern etwa 10 Zivilpersonen, weil sie beim Passieren der das Stadtzentrum abschließenden Sperrlinie nicht ihren Hut gezogen hatten. Auf den am Montagmorgen von belgischen Truppen besetzten Anlagen der Zeche Rheinbaben, Schlegel und Eisen treffen die Truppen zurzeit Vorbereitungen zum Abtransport von Koks, indem sie Schienen legen, Waggons beschlagnahmen usw. Auf der Zeche Rheinbaben sind seit Dienstagmittag ungefähr 25

fremde Arbeiter beim Koksverladen. Auf der Zeche Schlegel und Eisen, wo den Belgiern 70—80 beladene Wagen in die Hände fielen, sind bis heute noch keine fremden Arbeiter beschäftigt. Ihr Eintreffen wird aber erwartet. An den Kontrollstellen in Bohwinkel und Hüdeswagen werden neuerdings auch Lebensmittelzüge angehalten. Die französischen Ortskommandanten in Vorhalle, Herbede und Witten haben eine Verordnung erlassen, wonach der Auto- und der Fahrradverkehr von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten ist. In Emmerich und Wesel haben die Belgier in den von ihnen besetzten Städteilen den Belagerungszustand verhängt. Die Anwendung ist milde. Ferner ist über Mettmann, wo am 24. März ein französischer Offizier durch einen von einem unbekanntem Täter abgegebenen Revolverbeschuss am Fuße unbedeutend verletzt worden war, der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

Genosse Tollmann von Franzosen belästigt.

Aßin, 27. März. (W.B.) Der Reichstagsabgeordnete Tollmann wurde heute auf der Rückreise von Berlin bei der Bahnkontrolle in Bohwinkel von französischen Soldaten aus dem Zuge geholt. Seine Briefschaften und Reichstagsakten wurden von mehreren Franzosen einer genauen Prüfung unterzogen, die vier Stunden dauerte. Auf telephonischen Anruf kamen zwei leitende Beamte der französischen politischen Abteilung aus Düsseldorf nach Bohwinkel; sie gaben dem deutschen Abgeordneten sofort die Weiterreise frei und entschuldigten sich, daß er aufgehalten wurde. Es sei nicht die Absicht der französischen Befehlsbehörde, die rheinischen Abgeordneten in ihrer Tätigkeit zu behindern.

Wirtschaft

Die Verteuerung des Kleinwohnungsbaues.

Nach den Ermittlungen der „Sozialen Bauwirtschaft“ stellten sich die Baustoffpreise in Deutschland für eine Wohnung von 70 qm Wohnfläche Anfang März 1923 wie folgt:

Baustoffe	1. Juli 1914	1. März 1923
Mauersteine	700,—	5 170 000,—
Zement	60,—	348 000,—
Stückzement	73,—	852 000,—
Gips	12,50	60 800,—
Dachsteine	243,50	1 242 000,—
Rohrgewebe	28,50	138 000,—
Rantholz	264,—	2 000 000,—
Fußboden	152,50	984 500,—
Stroh	55,50	430 200,—
Glas	84,—	874 000,—
Summa	1868,50	11 079 500,—

Die Preise der hauptsächlichsten Baustoffe für eine Wohnung sind also von 1868,50 M. am 1. Juli 1914 auf 11 079,500 M. am 1. März 1923 gestiegen. Wird der Preis vom 1. Juli 1914 gleich 100 gesetzt, dann ist hier eine Preissteigerung auf 687 000 eingetreten. Die Baustoffe sind also seit 1914 auf das 687 0 fache und innerhalb des letzten Monats um rund 70 Prozent gestiegen.

Auch Flaschen werden „ausgeschüttelt“. Die Versuche, die tatsächliche Höhe der Dividenden zu verkleinern, nehmen immer interessantere Formen an. Die Gerresheimer Glaskolbenwerke legten ihre Dividende von 80 auf 14 Prozent herunter und trösteten ihre Aktionäre damit, daß sie ihnen den Wert von vier halben Mineralwasser-Flaschen zu je 500 M. auf jede Aktie zuwenden. Dadurch erhöhen sich die in der Bilanz ausgewiesenen Ausschüttungen von 80 Prozent im vorigen Jahre auf 214 Prozent in diesem Jahre. Auch Mineralwasserflaschen, wenn sie nur „ausgeschüttelt“ werden, sind also kein schlechtes Geschäft.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 1 tschechische Krone 618,69 Geld, 621,81 Brief, 1 jugoslawischer Dinar 212,21 Geld, 213,29 Brief, 100 Polenmark galten im freien Verkehr 49 Pf.

Unsere Aufgaben.

Die politische Lage erfordert die gespannteste Aufmerksamkeit aller. Die friedensfördernde Besehung des Ruhrgebiets durch fremdes Militär und alle sich daraus ergebenden Folgen lassen für die nächste Zukunft Ereignisse von außerordentlicher Tragweite erwarten. Schon heute lastet die wirtschaftliche Stagnation schwer auf den arbeitenden Schichten des Volkes und bedroht unsere Entwicklung aufs schwerste.

Um so mehr ist es notwendig, in solchen Zeiten einen sicheren und zuverlässigen Führer zu besitzen. Der „Vorwärts“ ist bemüht, allen seinen Freunden ein solcher zuverlässiger Begleiter durch das Labyrinth der politischen und wirtschaftlichen Ereignisse zu sein. Ausgehend von dem sicheren Boden sozialistischer Grundzüge, beleuchtet er kritisch die Dinge. Es ist deshalb eine Notwendigkeit, zum Quartalswechsel durch eifrige Werbearbeit den Leserkreis des „Vorwärts“ wesentlich zu erweitern. Unser Blatt mit seinen regelmäßigen Beilagen „Heimwelt“, „Volk und Zeit“, „Siedlung und Kleingarten“ und „Jugend-Vorwärts“ wird im April für seine Berliner Abonnenten den Bezugspreis nicht erhöhen, infolgedessen eines der billigsten und meist täglich erscheinenden Blätter Berlins bleiben. Unsere Genossen werden in ihrem eigenen Interesse handeln, wenn sie zum Monatswechsel neue Leser werben für den

„Vorwärts“.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____
Wohnung: _____
_____ Straße Nr. _____
vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts
bei _____

Notstandsmaßnahmen für Berlin.

Die Stadiverordnetenversammlung beriet in ihrer gestrigen außerordentlichen Sitzung die von den Sozialdemokraten und den Kommunisten eingebrachten, von den Bürgerlichen am vorigen Donnerstag nicht als dringlich anerkannten Anträge auf Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Zur Begründung des Antrages unserer Fraktion, der die Weiterführung der Nord-Süd-Bahn fordert, gab Genosse Krause eine Schilderung der in Berlin herrschenden Arbeitslosigkeit. Oberbürgermeister Böhm wies darauf hin, daß die Gemeinden heute Notstandsarbeiten ohne Reichshilfe nicht mehr ausführen können. Hoffentlich werde das Reich diesen Notschrei Berlins hören. Beide Anträge wurden dem Ausschuss überwiesen. — Auch die schon vor längerer Zeit aus Anlaß des im Wollschloß vorgekommenen Bauunglücks von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Anfrage wegen der Arbeiterbaukontrollen kam erst gestern zur Verhandlung. Nach der Begründung durch Genossen Krause gab der Magistratsvertreter die Auskunft, daß in einzelnen Bezirken die Forderung erfüllt ist. Er verbieth weitere Einstellung von Baukontrollen aus Arbeiterkreisen.

Die außerordentliche Sitzung, die als Ersatz an die Stelle der am Gründonnerstag ausfallenden tritt, begann erst lange nach 6 Uhr. Ein Dringlichkeitsantrag der Demokraten, den Magistrat um Auskunft über die Gründe zu ersuchen, die zu der neuen Milchpreiserhöhung am 26. März geführt haben, wurde ohne Widerspruch einstimmig angenommen.

Die Anfrage der Sozialdemokraten vom 25. Januar, was Oberbürgermeister und Magistrat zu tun gedenken, um Bauunfälle wie den auf dem Neubau bei Wollschloß zu verhindern, und wann sie den Dezemberbeschluß der Versammlung zur Anstellung von Baukontrollen aus den Reihen der baugewerblichen Arbeitnehmer

Baukontrollen aus den Reihen der baugewerblichen Arbeitnehmer

in die Tat umsetzen werden, begründete Genosse Krause: Trotz der schon vom 13. September 1918 herrührenden Verfügung des Wohlfahrtsamtes wegen der Bestellung von Baukontrollen aus Arbeitnehmerreihen hat der Oberbürgermeister und der Magistrat bis heute verjagt. Auf die schriftliche Vorstellung der Bauarbeiter-Schutzkommission ist nur erklärt worden, daß er beim Wiedereintritt der Bauarbeiter darüber zu reden geneigt sei. Daß die Baukontrolle nicht, wie es sein mußte, ausgeübt wurde, hat das schwere Unglück bei Wollschloß bewiesen. Erst nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, ist es besser mit der Kontrolle geworden. Die Zahl der Bauunfälle hat sich 1922 gegen 1921 stark gesteigert; sie betrug 5622, darunter 747 entschädigungspflichtige, und von diesen 106 tödlich verlaufene.

Magistratsoberbaudirektor Engelmann teilte mit, daß der Minister infolge des Unfalles auf dem Wollschloß eine Ergänzung der Vorschriften im Punkte der Aufstellungen für den Fall hat erlassen lassen, daß in den unteren Geschossen der Betrieb keine Unterbrechung erleiden soll. Die staatliche Baupolizei hat Ausführungsbestimmungen dazu erlassen. Der Magistrat glaubt, daß nunmehr diese Unfälle vermieden werden. Baukontrollen aus dem Arbeiterstande sind schon vorhanden in Neukölln, Steglitz, Reinickendorf, Köpenick. Die Bezirksämter haben ein Bedürfnis dafür in der Zeit des Abflusses der Bauarbeiter verneint.

In der Besprechung der Anfrage vertrat der Kommunist Hofmayer die Auffassung, daß es nur dann gelingen werde, dem freiespielenden Spiel mit dem Leben der Bauarbeiter ein Ende zu machen, wenn sich die Arbeiterschaft selbst ihre eigenen Organe schaffe.

Genosse Krause erklärte die Mitteilungen des Magistratsvertreeters für unbestriedigend. Die Ministerialverordnung und das Verlangen der baugewerblichen Berliner Arbeitnehmerschaft müßten endlich berücksichtigt werden; die Rücksicht auf die Sparpolitik dürfe keine Rolle spielen.

Der Magistratsvertreter entgegnete, daß jedenfalls keine Beschwerden eingelaufen seien.

Zwei Dringlichkeitsanträge aller Parteien betr. Instandsetzung von Schulhäusern und Einrichtung von Förderkurzen in den Gemeindeschulen während der Uebergangszeit zur endgültigen Gesamtschule fanden Annahme.

Darauf kam der Vorschlag des Magistrats zur Erörterung, sämtliche

Schungen, Ordnungen und Grundzüge

die für die Stadt Berlin von den städtischen Körperschaften beschloffen wurden, einer grundlegenden Revision zu unterziehen, und zur Vereinfachung und Beschleunigung dieser Beratungen eine gemischte Deputation von 8 Magistrats- und 16 Versammlungsmitgliedern einzusetzen, welche unter Zuziehung der Bezirksbürgermeister eine Verständigung über eine alle Teile befriedigende Abgrenzung der Zuständigkeiten herbeizuführen suchen soll.

v. Egnern (Dsp.) hielt es angebracht der großen Aufgaben, die diese Deputation zu bewältigen habe, für erforderlich, die Zahl der Stadtoverordneten auf 17 zu erhöhen.

Der Oberbürgermeister besprach ausführlich den Vorschlag des Magistrats.

In der anschließenden wöchentlichen Besprechung lehnte Genosse Dr. Wehl die Erhöhung auf 17 Stadtoverordnete ab, die die Deutsche Volkspartei nur beantragte, weil sie zu großen Wert auf die „brutale Majorität“ lege (Wolfschloß rechts). Schließlich wurde der Magistratsvorschlag nach eingehender Aussprache angenommen, nachdem der Antrag v. Egnern mit 94 gegen 93 Stimmen gefallen war.

Zusammen mit dem Antrag der Kommunisten, der eine Reihe von Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Sozialrentnern, Erwerbslosen, Kriegsoptionen usw. sowie die Anerkennung der proletarischen Kontrollausschüsse zum Gegenstand hat, wurden beraten der Antrag der Sozialdemokraten wegen sofortiger Bereitstellung von Mitteln für

Die Weiterführung der Arbeiten an der Nord-Süd-Bahn

zwischen Kaiser-Friedrich-Platz und Hermannstraße und der Antrag der Kommunisten wegen sofortiger Bormahme von Reparaturarbeiten an allen städtischen Gebäuden. Schumacher begründete die kommunistischen Anträge.

Krause führte zum sozialdemokratischen Antrage aus, daß die Vorbereitungen zum Weiterbau in Neukölln durchaus gegeben seien. Um der erforderlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit vorzubeugen, müsse der Magistrat auch bei den Reichs- und Staatsbehörden vorstellig werden, damit die Wohnungsbauaktivität schnellstens in Angriff genommen werde; ebenso sei gegen den Bauhofwucher einzuschreiten. — Stadtrat Weise legte dar, daß der Magistrat getan habe, was im Rahmen seiner Befugnisse irgend möglich war; der Oberbürgermeister betonte, daß die Städte von sich aus Notstandsarbeiten nicht mehr zu finanzieren vermöchten, und sprach die Hoffnung aus, daß das Reich die Stimme des Städtetages nicht überhöre, sondern rasch helfen möchte. — Die Anträge gingen an einen Ausschuss.

Die Vorlage wegen Gewährung von persönlichen Zulagen an 7 Mittelbauinspektoren wurde, entgegen dem Ansuchen, mit 78 gegen 76 Stimmen angenommen. Die Änderung des Ordisseges über die Müllabfuhr und die Festsetzung der Gebühr für die Müllabfuhr erfolgte nach den Ausschussvorschlägen.

Die Vorlage wegen Erhaltung der sozialen Frauenschule ging an einen Ausschuss, ebenso nach längerer erörterter Debatte, an der sich auch Dr. Wehl (Soz.) und der Stadtmedizinalrat beteiligten, die Vorlage zur Kenntnisnahme betr. Erstattung von Krankenhauskosten seitens der Krankenkassen und Herabminderung des Personals der Krankenhäuser. — Schluß nach 10 Uhr.

Spuk im Zirkus.

Das war eine Zeit, als die Verfasser von Zirkusschauspielen noch nicht vom Ehrgeiz befreit waren, ihre munteren oder romantischen Figuren reden zu lassen. Damals ging es harmlos und bunt in der Manege zu. Wenn einer von heroischen Gefühlen besessen war, so warf er sich in die Brust und schwoll sich an. Da mußte man, was er wollte und nun war der Fortgang der Handlung genügend sichtbar begründet. Und das, worauf es ankam, konnte jetzt losgehen. Die Brücken konnten brechen und die Pferde in sprudelndes Wasser stürzen. Man mußte, es handelte sich darum, die Braut, die gefesselt auf hoher Burgzinne schmachtetete, trotz aller Zirkustrüffel wieder in die Manege zu bringen. Inzwischen ist dem Zirkus leider das Wort erstanden — es wird offenbar noch nicht genug in der Welt geredet — und zwar das Wort, wie es in den Hintertreppenzimmer vor etwa dreißig Jahren zu Hause war. Schwülzig, mit dicken Phrasen, bis zum Erbrechen geladen.

Doch nicht genug damit. Jetzt fühlt sich der Zirkus auch als „Führer der Nation“. Er fühlt sich berufen, Politik zu machen, offenbar gedrängt von einer bestimmten Seite und in der Annahme, daß ihm das eben von jener bestimmten Seite als Verdienst angerechnet wird. Franzosen sind im Lande, also was war besser, als jetzt die Geschichte heranzuziehen und den Zeitgenossen von 1923 zu zeigen, wie man es seinerzeit gemacht hat, als auch die Franzosen im Lande waren. Die Hausdichterin vom Zirkus Louis setzt sich hin und dichtet „1806“, „Bilder aus Deutschlands tiefster Not“. Was dabei herauskommt, kann man sich ungefähr vorstellen. Wilhelm III. und Luise, der rauhbekinnige Prinz Louis Ferdinand, die Generale der späteren Freiheitskriege, einige Hoftrattel und, damit auch keiner leidet, Napoleon Bonaparte. Diese ganze Gesellschaft, frisch aus den Schullehrbüchern gesiegt, wird mit einem Leichtsinns sondergleichen zu Bildern und Szenen vereinigt, die das Haarsträubendste bedeuten, was seit langem in Berlin an monarchistischer und kriegerischer Propaganda getrieben worden ist. Nach dem Friederichs-Reg-Film sind wir ja so allerhand gewöhnt. Aber dort verfuhr man wenigstens, der Geschichte in einigem gerecht zu werden. Hier wird strupellos die überste Geschichtsklitterung getrieben. Der Dialog ist lediglich auf die augenblicklich im Ruhegebiet herrschenden Verhältnisse zugeschnitten, damit nur ja an bestimmten Stellen die Hände der schon oben erwähnten Gesinnungsgegnossen in Bewegung gesetzt werden. Das geschieht rechtlich. In jedem dritten Satz wird zum Kampf aufgefordert, zum Kampf mit Feuer und Schmerz, zum rücksichtslosen Draufgehen. Von Raschewskis und Klischené nimmt es nur so. Am Sorge des Alten Fröh hält Luise nach vorausgegangenem Ballfest bei bengalischer Beleuchtung einen Sermon, der keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken würde, geschweige denn ein Volk zu Taten begeistern. Als der rauhbekinnige Louis Ferdinand nach der Schlacht von Saalfeld von den Franzosen umzingelt wird, und ihn ein französischer Soldat zur Ergebung auffordert, schreit der brave Prinz, daß er von einem französischen Hunde kein Bardon nimmt, was das Parkei zu sohendem Beifall hinreißt. Luise kommt im Originaltreifenwagen angezuckelt, den der Zirkus Busch nach 1918 (im Programm nachzulesen) aus Wilhelmss Ausverkauf erworben hat. Nachdem sie wieder steinerweichenden Schulbuchsinns geredet hat, erzählt sie schließlich, daß sie weiter fliehen will und lieber in die Hände Gottes als in die der Franzosen fallen wolle. Napoleon wird als Trottel im dummen Augustusstil hingestellt. Als er sich mit Luise, in Magdeburg trifft, zupft er die Kerne, die soeben im Glanze von Tausenden von Brillanten Strahlende (sie hatte gerade über die Not ihres Balles gekammert), ein bißchen am Kleid und fragt, ob das Krepp sei oder Chinaseide. Es hätte nicht viel gefehlt und die Nationalisten hätten hier zu pfeifen begonnen. Hübsch ist auch, wenn Luise sagt: „Deutschland hat nie von der Ausbeutung anderer Nationen gelebt. Uns geht es um der Menschheit Sittlichkeit, um der Menschheit Emporentwicklung. Uns geht es um Gott.“ Darauf belächelte Napoleon durchaus berechtigt diesen deutschen Idealismus. Schluß: Waulstium Charlottenburg, sogenanntes Wiedererwachen, Befreier Deutschlands, der alte Bilscher im Kostüm eines pensionierten Bäckermeisters, Theodor Körner, wie ein Lehrling von Jandorf, dekamiert „Früh auf, mein Volk“ usw.

Das Berliner Publikum ist von einer rührenden Gemütsruhe. Es jöhnt nicht, es pfeift nicht, aber es bleibt Gott sei Dank auch „vom herrschenden Schwung“ dieser „Bilder aus Deutschlands tiefster Not“ unberührt. Ein Dritter kratzt sich die Hände wund. Das sind die, die wissen, weshalb sie hingehen. Zwei Drittel schweigt ergebungsvoll und staunt über den wüsten Spuk, den man sich erlaubt, ihm fünf Jahre nach der Revolution vorzuführen.

Unfall- und Invalidenrenten! Auf dringendes Ersuchen des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands hat sich die Oberpostdirektion für den Bezirk Groß-Berlin bereit erklärt, weil auf den 1. und 2. April die Osterfeiertage fallen, diesmal die Unfall-, Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenrenten ausnahmsweise schon am 31. März auszuzahlen. Hauptablage für die Renteneinempfänger sind demnach der 31. März und der 3. April. Die Auszahlung der Renten findet auf den Postämtern oder an den bekannten Stellen statt.

Sprechsaal für proletarische Kriegerkinder. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr pünktlich, in der Spandauer-Schule, Weimertstraße, 16/17: Uhrungsstunde. Die Ausschussmitglieder kommen um 6 Uhr zur Sitzung.

(Nachdruck verboten. Der Volk-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Nach dem amerikanischen Manuskript übersetzt von J. L. Gumpert.

Andrews stand plötzlich auf. „Ich muß gehen“, sagte er mit seltsamer Stimme. „Ich erinnere mich gerade, daß an der Universität einer auf mich wartet.“ „Daß ihn doch warten.“ „Sie haben ja noch gar keinen Bistör getrunken!“ rief Heinemann. „Rein, aber wo kann ich euch nachher treffen?“ „Café de Rohan. Um fünf. Gegenüber vom Palais Royal. Du wirst das nie finden.“ „Doch“, sagte Andrews. Er eilte davon.

Nachdem er sich verschiedene Male verirrt hatte, stieg er einige Marmorstufen eines großen Gebäudes hinauf, wo eine Menge Männer in Khaki im Gespräch standen. An den Türpfosten gelehnt, stand Walters. Näherkommend hörte Andrews ihn sagen: „Der Eiffelturm ist die erste vollkommene Eisenkonstruktion der Welt. . . Das sollte jeder wissen.“

„Die Oper, die muß man sehen!“ meinte der Mann neben ihm.

„Ja, wenn da Wein und Weiber sind. . .“

„Aber das ist alles nicht so interessant, wie der Eiffelturm“, stammelte Walters.

„Sag Walters, ich hoffe, du hast nicht auf mich gewartet“, stammelte Andrews.

„Rein“, erwiderte der. „Ich habe mich wegen der Kurze erkundigt. . . Ich will das gleich in Ordnung bringen.“

„Ich werde mich morgen darum kümmern“, meinte Andrews.

„Hast du dich schon um ein Zimmer bemüht, Andy? Wollen wir uns nicht eins zusammen nehmen?“

„Wenn du willst. . . Aber ich glaube kaum, daß du da wirst wohnen wollen, wo ich bin, Walters.“

„Warum nicht? Im Quartier latin werde ich wenigstens etwas französisches Leben sehen.“

„Heute ist's zu spät, ein Zimmer zu finden. Werden morgen eins suchen.“

Sie begannen die heißen Straßen zum Montmartre hinaufzugehen. An einer Ecke schritten sie an einem Mädchen mit geschminkten Lippen und gepuderten Backen vorbei, die lachend am Arm eines amerikanischen Soldaten ging, der ein blaßes Gesicht und graugrüne, im Scheine einer Straßenlaterne glühende Augen hatte.

„Hallo, Stein!“ rief Andrews.

„Wer ist das?“

„Einer aus unserer Division, der heut' morgen mit mir ankam.“

„Der hat einen komischen Mund für 'nen Juden“, sagte Henslowe.

An der Gabelung von zwei abschüssigen Straßen traten sie in ein Restaurant, das kleine, mit rotem Papier besetzte Fenster hatte, durch das das Licht nur spärlich hereinkam. Die einzigen Menschen da waren eine fette Frau und ein Mann mit langem, grauem Haar und Bart, die über zwei kleine Kläber gebeugt saßen und ein ernstes Gespräch zu führen schienen. Eine eilige, alte Kellnerin mit holländischer Haube und Schürze hauchte an der Tür, aus der der Duft gebodener Fische kam.

„Der Koch hier kommt aus Marseille“, sagte Henslowe, als sie sich an einem Tisch für vier niederließen.

„Ob wohl die anderen den Weg finden werden?“ meinte Andrews.

„Wahrscheinlich wird Heinz untermegs 'nen kleinen Schind zu sich genommen haben!“ erwiderte Henslowe. „Wollen die Wartezeit mit einigen Hors d'oeuvre ausfüllen.“

Die Kellnerin brachte eine Kollektion bootartiger Platten mit roten Salaten und gelben Salaten und grünen Salaten und zwei kleine Holzgefäße mit Heringen und Anchovis. Henslowe hielt sie an, als sie fortgehen wollte und fragte: „Weiter nichts?“ Die Kellnerin betrachtete den ganzen Aufbau mit tragischem Gesicht, die Arme über ihrem reichhaltigen Busen gefaltet.

„Was wollen Sie, mein Herr? Das ist der Waffenstillstand.“

„Der größte Schwindel in dieser ganzen Kriegsoffäre ist der Frieden. Ich sage dir, Junge, nicht einen Augenblick eher, als die Hors d'oeuvre die ihnen gebührende Fülle und Mannig-

faltigkeit wiedererlangt haben, gebe ich zu, daß der Krieg zu Ende ist.“

Die Kellnerin lachte. „Die Dinge sind nicht so, wie sie früher waren“, sagte sie und ging zurück in die Küche.

In diesem Augenblick brach Heinemann in das Restaurant ein, knallte die Tür hinter sich zu, daß die Fenster klirren und die fette Frau und der haarige Mann erschreckt in den Stühlen aufstuhren. Er purzelte grinsend auf einen Stuhl.

„Und was hast du mit Walters angefangen?“

Heinemann wischte seine Brillengläser umständlich ab.

„D, der starb an einem Glas Himbeerwasser. . .“ sagte er. „Du dong, pth, du weng de Burgon!“ schrie er der Kellnerin zu. Dann fügte er hinzu: „Der Bursche wird wohl bald kommen, ich sprach ihn gerade.“

Das Restaurant füllte sich allmählich mit Männern und Frauen in den verschiedensten Kleidungen, auch viele Amerikaner in Uniform und ohne kamen herein.

„Ich hasse Leute, die nicht kaufen“, sagte Heinemann und goß sich ein Glas Wein ein. „Ein Mann, der nicht trinkt, schändet die Erde!“

„Aber was machst du dann in Amerika, nach dem Alkoholverbot?“

„Neh' nich' davon. — Da kommt ja der Bursche. Der darf unter keinen Umständen erfahren, daß ich einer Nation angehöre, die guten Bistör verbietet. . . Monsieur le Bursche, Monsieur Henslowe und Monsieur Andrews!“ fuhr er zerknirschelt fort. Ein kleiner Mann mit aufgezwirbeltem Schnurrbartchen und einem kleinen zackigen Bart setzte sich auf den vierten Stuhl. Er hatte eine rote Nase und kleine, zwinkernde Augen.

„Wie froh bin ich“, sagte er und machte eine seltsame Bewegung, so daß seine heißen Kältschen ihm auf die Hände rutschten, „daß ich nicht allein speisen muß. Für alte Leute ist Einsamkeit eine unmögliche Sache. Nur die Jugend darf es wagen, zu denken. . . Nachher denkt man nur noch an eins, an das Alter.“

„Man kann doch arbeiten“, warf Andrews ein.

„Sklaverei. Jede Arbeit ist Sklaverei. Welchen Sinn hat es, sich intellektuell zu befreien, wenn man sich gleich darauf dem ersten besten Ausbauer wieder verkaufen muß.“

(Fortsetzung folgt.)

